

## Bitte spenden Sie:

Wir möchten Flüchtlingen möglich machen, an der Kundgebung teilzunehmen. Dafür finanzieren wir ÖPNV-Fahrkarten. Dafür bitten wir um Spenden mit dem **Stichwort „Fahrkarten“** auf eine der unten angegebenen Kontonummern.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.,  
GLS Bank  
Kto. Nr. 70 07 11 89 01  
BLZ 430 609 67  
IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01  
BIQ: GENODEM1GLS

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung  
Volksbank Breisgau Nord e.G.  
Kontonummer 36 15 26  
Bankleitzahl: 680 920 00  
BIC: GENODE61EMM  
IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26

V.i.S.d.P.

**Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.**  
Hauptstätter Str. 57  
70178 Stuttgart  
Fon: 0711-55 32 83-4  
Fax: 0711-55 32 83-5  
info@fluechtlingsrat-bw.de  
www.fluechtlingsrat-bw.de

**Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung**  
c/o Minirasthaus  
Adlerstr. 12  
D – 79098 Freiburg  
www.freiburger-forum.net



## Aufruf zur Kundgebung

# Roma haben kein „sicheres Herkunftsland“!

**Keine Kompromisse  
beim Flüchtlingsschutz!**

**Keine Zustimmung  
Baden-Württembergs zur geplanten  
Asylrechtsverschärfung!**

**Samstag, 13. September 2014,  
Beginn: 12 Uhr  
Schloßplatz Stuttgart**

**mit Redebeiträgen, Musik, Aktionstheater und  
Übergabe eines Appells an die Landesregierung  
von Baden-Württemberg**

# Roma haben kein „sicheres Herkunftsland“!

Die Bundesregierung will Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ einstufen. Dies hätte zur Folge, dass Asylantragsteller aus diesen Ländern kaum noch eine Chance hätten, in Deutschland Schutz zu erhalten. Im Hauruckverfahren wurde das Gesetz durch den Bundestag gepeitscht. Im Bundesrat wurde es zunächst gestoppt, weil die Länder mit grüner und linker Regierungsbeteiligung, darunter Baden-Württemberg, bislang die Zustimmung verweigern. Jetzt versucht die CDU, die Grünen und Linken dadurch zu einer Zustimmung zu diesem Gesetz zu nötigen, dass die CDU nur dann eine geplante Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs von Asylsuchenden mittragen will, wenn das „Roma-Gesetz“ durchgeht. Am 19. September steht diese Entscheidung erneut auf der Tagesordnung des Bundesrats. Wir fordern die grün-rote Landesregierung auf, standhaft zu bleiben, diesen Kuhhandel auf dem Rücken von Flüchtlingen zurückzuweisen und den Gesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen!

Wenn die Bundesregierung Serbien, Mazedonien, und Bosnien-Herzegowina als sicher deklariert, dann ignoriert sie die Berichte zahlreicher namhafter Organisationen, nach denen Roma und Homosexuelle starker sozialer und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Stattdessen stützt sie sich einseitig auf die Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, also auf selbst geschaffene „Fakten“. Wenn man selbst die Anerkennungsquote im Asylverfahren auf Null setzt, kann man leicht behaupten, dass Menschen aus diesen Herkunftsstaaten keine Fluchtgründe hätten. Das Asylrecht ist ein Individualrecht, das eine sorgfältige Prüfung jedes einzelnen Antrags auf Schutz notwendig macht. Wir wenden uns dagegen, dass dieses Grund- und Menschenrecht weiter verstümmelt werden soll.

Auch in Hinblick auf die deutsche Vergangenheit verbietet sich die Verabschiedung eines Gesetzes, das sich erkennbar gegen Roma aus dem ehemaligen

Jugoslawien richtet. Am 28. November 2013 hat die grün-rote Landesregierung einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg unterzeichnet, mit dem die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den Angehörigen dieser vom Nationalsozialismus verfolgten Gruppe anerkannt wird und diesen Menschen weitgehende Minderheitenrechte zuerkannt werden. Einen ähnlich respektvollen Umgang erhoffen und erwarten wir uns auch mit Angehörigen der Roma-Minderheit, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Statt diese Menschen in der öffentlichen Diskussion als bloße „Armutsfüchtlinge“ zu stigmatisieren und eine Abschiebungspolitik zu betreiben, sollten ihnen Rechte als Minderheit und Schutz vor Diskriminierung gewährt werden.

Die grün-rote Landesregierung ist im April 2011 mit dem Slogan „Humanität hat Vorrang“ angetreten. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik soll der „Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen“ eingehalten werden. Dies lässt aus unserer Sicht nur ein deutliches NEIN zur geplanten Asylrechtsverschärfung zu.

### **Kontakt / Mehr Informationen:**

**Freiburger Forum Aktiv gegen Ausgrenzung:**

[www.freiburger-forum.net](http://www.freiburger-forum.net)

**Flüchtlingsrat Baden-Württemberg:**

[www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

Die Liste aller aufrufenden Organisationen sowie das detaillierte Programm der Veranstaltung finden Sie auf den angegebenen Homepages.

**Bitte schreiben Sie eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de), wenn Sie als Initiative, Verein, Organisation... diesen Aufruf öffentlich unterstützen möchten.**